

## Svenja Schulze fordert mehr Solidarität; Vor dem Parteitag der SPD kritisieren mehrere Anträge die Asylpolitik der Ampel

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** INLAND; S. 6

**Length:** 500 words

**Byline:** Anna Lehmann

**Highlight:** Vor dem Parteitag der SPD kritisieren mehrere Anträge die Asylpolitik der Ampel

### Body

---

Von Anna Lehmann

Die Themen Migration und Integration dürften auf dem SPD-Parteitag am Wochenende für kontroverse Debatten sorgen. Derzeit liegen 58 Anträge dazu vor, die meisten setzen sich kritisch mit der Asylpolitik der SPD-geführten Bundesregierung auseinander. Das reicht von der Forderung, das Gemeinsame Europäische Asylsystem als inhuman abzulehnen, bis zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer.

Selbst aus dem SPD-Parteivorstand kommen nun Vorschläge, die Asylpolitik zu korrigieren. Etwa von der Genossin Svenja Schulze aus Münster in Nordrhein-Westfalen, im sonstigen Leben auch Bundesentwicklungsministerin in der Ampelregierung.

Deutschland trage eine historische Verantwortung für Menschen, die vor Vertreibung, Verfolgung, Zerstörung und Krieg fliehen, heißt es in dem Antrag, der der taz vorliegt. Abschottung, Ober- und Belastungsgrenzen sind keine Lösung, sondern Populismus, schreibt Schulze und schlägt damit einen deutlich solidarischeren Grundton an als zuletzt in der politischen Debatte üblich. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach im November im Spiegel etwa davon, dass Deutschland endlich im großen Stil abschieben müsse.

Schulze fordert eine Versachlichung der Debatte um Migrationspolitik und konkret eine bessere Unterstützung der Aufnahmeländer im Globalen Süden. Rund 80 Prozent der weltweit 110 Millionen Flüchtlinge fänden Aufnahme im Nachbarland. Sie dürfen wir mit dieser Aufgabe nicht allein lassen, schreibt Schulze und fordert die Bundesrepublik auf voranzugehen. Beim Globalen Flüchtlingsforum Mitte Dezember müsse Deutschland eine Führungsrolle einnehmen und ganz konkrete Unterstützung bei der Bildung, Gesundheit und Beschäftigung für Flüchtlinge zusagen.

Schulze fordert Migrationsabkommen mit Partnerländern, hält jedoch nichts von der Forderung, Entwicklungsgelder zu kürzen, falls Staaten nicht bereit sind zu kooperieren. Die Debatte in der EU kritisiert sie. Die Antworten, nach denen viele EU-Mitgliedsstaaten rufen, funktionieren schlichtweg nicht. Seit Jahren verenge sich der Diskurs

Svenja Schulze fordert mehr Solidarität Vor dem Parteitag der SPD kritisieren mehrere Anträge die Asylpolitik der Ampel

immer mehr auf restriktive Maßnahmen, so die Genossin und warnt bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vor einer Aushöhlung des Asylrechts.

Die Anträge, die bereits vorliegen, gehen zum Teil deutlich darüber hinaus So fordert der Landesverband Berlin, dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem nur zuzustimmen, wenn Familien mit minderjährigen Kindern von jeglicher Form von Grenzverfahren ausgenommen seien. Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt fordert, alle Außenlager zu schließen. Die Jusos wollen die Seenotrettung entkriminalisieren und Arbeitsverbote abschaffen.

Wie all diese Forderungen auf dem Parteitag behandelt werden, wird sich am Donnerstag entscheiden. SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert bereitet in Absprache mit den Jusos, der AG Migration, Fach- und Kommunalpolitikern ebenfalls einen Antrag vor, der am Donnerstag vom Vorstand verabschiedet werden soll. Auch Schulzes Antrag könnte darin aufgehen.

**Load-Date:** December 5, 2023

---

End of Document

## Wie Faeser in Tiflis Tatkraft simuliert; Kommentar von Daniel Bax zum Migrationsabkommen mit Georgien

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SEITE 1; S. 1

**Length:** 455 words

**Byline:** Daniel Bax

### Body

---

Kommentar von Daniel Bax zum Migrationsabkommen mit Georgien

Die deutsche Grenze wird auch im Kaukasus gesichert. Diese Botschaft soll von den Bildern ausgehen, die Bundesinnenministerin Nancy Fae-ser mit ihrem Amtskollegen in Tiflis zeigen, wie sie ein gemeinsames Migrationsabkommen unterzeichnen.

Anders als es der Name nahelegt, soll das Abkommen vor allem dazu dienen, Migration zu verhindern. Abgelehnte Asylbewerber sollen schneller wieder nach Georgien abgeschoben werden können. Andere sollen mit Informationskampagnen davon abgehalten werden, in Deutschland überhaupt erst Asyl zu suchen. Zudem soll der Austausch von Studierenden, Auszubildenden und Forschern verstärkt und es Saisonarbeitern einfacher gemacht werden, in Deutschland einen Job anzunehmen. Dass Fachkräfte aus Georgien in großem Stil nach Deutschland auswandern, will die Regierung in Tiflis verhindern: Sie fürchtet einen Brain-Drain.

Die Vereinbarung hat mehr symbolischen als praktischen Wert. Denn Georgien spielt in Sachen Migration für Deutschland eine Nebenrolle. Dass Hunderte von Menschen aus Georgien jeden Monat in Deutschland erfolglos Asyl beantragen, mag Arbeit machen. Die meisten Asylsuchenden kommen derzeit aber aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, dem Iran und der Türkei, und die meisten von ihnen haben ein Anrecht auf Schutz. Hinzu kommen über 1 Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die kein Asyl beantragen, aber trotzdem untergebracht werden müssen. Mit all diesen Ländern gibt es bisher keine Migrationsabkommen.

Stattdessen suchen Scholz und Fae-ser in Nigeria und Ghana, Marokko und Tunesien, ja sogar in Kirgistan und Kolumbien nach Partnern, um weitere Migrationsabkommen abzuschließen bisher mit mäßigem Erfolg. Nur mit Indien wurde man schon einig. Beide wissen, dass sich die irreguläre Migration dadurch nicht stoppen und Abschiebungen im großen Stil so nicht erreichen lassen. Aber sie wollen Tatkraft simulieren: deshalb ihr demonstrativer Aktionismus.

Den Wunsch, ungewollte Einwanderung von Asylsuchenden zu begrenzen, teilt Deutschland mit dem Rest von Europa. Deshalb hat die EU auf den griechischen Inseln Auffanglager eingerichtet, in denen Flüchtlinge kaserniert

Wie Faeser in Tiflis Tatkraft simuliert Kommentar von Daniel Bax zum Migrationsabkommen mit Georgien

werden, dafür lässt sie illegale Pushbacks an ihren Außengrenzen zu. Als neue Idee kommt hinzu, Asylverfahren außerhalb der EU durchzuführen. Vorreiter war Großbritannien, das seine Asylverfahren nach Ruanda auslagern will. Italien folgt und verhandelt mit Albanien, um Flüchtlinge künftig dorthin zu verfrachten.

Auf der Strecke bleibt das Recht auf Asyl, das immer weiter ausgehöhlt wird: im Großen durch die EU oder durch einzelne Staaten wie in Tiflis. Grenzen zu schützen ist wichtiger geworden, als Menschen zu schützen.

Zum Thema

**Load-Date:** December 19, 2023

---

End of Document

**Am Ende eines verheerendes Jahres; Auf dem Globalen Flüchtlingsforum am Mittwoch will das UNHCR Hilfe für Vertriebene und Aufnahmeländer mobilisieren. Viele Zielländer verschärfen derweil ihr Migrationsrecht**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 13. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** SCHWERPUNKT; S. 3

**Length:** 1048 words

**Byline:** Christian Jakob

**Highlight:** Auf dem Globalen **Flüchtlingsforum** am Mittwoch will das UNHCR Hilfe für Vertriebene und Aufnahmeländer mobilisieren. Viele Zielländer verschärfen derweil ihr **Migrationsrecht**

## Body

---

Von Christian Jakob

Die Welt stehe am Ende eines verheerenden Jahres, das von neuen, wiederaufgeflamten und nicht enden wollenden **Flüchtlingssituationen** geprägt sei, sagt Arafat Jamal vom UN-**Flüchtlingswerk** UNHCR. Der Bedarf an humanitärer Hilfe übersteigt die Ressourcen, Konflikte haben 114 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben und aus ihrem bisherigen Leben gerissen.

Jamal koordiniert das am Mittwoch startende Globale **Flüchtlingsforum** der Vereinten Nationen in Genf. Die Organisation will mit dem Treffen Hilfe für Vertriebene und die Länder und Gemeinden mobilisieren, die sie aufnehmen. Vertreter aus über 100 Ländern, darunter Staats- und Regierungschefs, sollen bei den Beratungen vor allem die Umsetzung des 2018 beschlossenen Globalen Pakts für **Flüchtlinge** der UN vorantreiben.

Die politischen Bedingungen für das Treffen sind indes schwierig. In vielen Zielländern von Fluchtbewegungen werden Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen dieser Tage verschärft.

Die französische Nationalversammlung etwa debattierte am Montag den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes, das unter anderem Abschiebungen erleichtern soll. Dies soll auch Menschen, die bei ihrer Ankunft in Frankreich jünger als 13 Jahre alt waren, sowie ausländische Eltern französischer Kinder betreffen. Präsident Emmanuel Macron hatte ursprünglich ein Gesetz angekündigt, das sowohl die Integration von Migranten fördern als auch das Abschieben erleichtern sollte. Der mehrheitlich rechte Senat hatte jedoch einen zentralen Artikel gekippt, nach dem Migranten, die in Branchen mit Personalmangel arbeiten, eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen sollten. Diskutiert wird, die medizinische Versorgung von Migranten auf Nottfälle zu reduzieren. Ein Bündnis aus rechten Parteien und Grünen wies das Vorhaben aber am Montag allerdings vorerst ab.

Am Ende eines verheerenden Jahres Auf dem Globalen Flüchtlingsforum am Mittwoch will das UNHCR Hilfe für Vertriebene und Aufnahmeländer mobilisieren. Viele Ziel....

Einen Tag später warb in Großbritannien Premier Rishi Sunak für Zustimmung zum neuen Asylgesetz. In sozialen Medien forderte Sunak die Abgeordneten auf, das härteste Gesetz gegen illegale Einwanderung zu unterstützen, das es je gab. Großbritannien könne damit selbst kontrollieren, wer ins Land komme nicht kriminelle Banden oder ausländische Gerichte. Der Gesetzentwurf soll den Plan wiederbeleben, Asylbewerber ins ostafrikanische Ruanda abzuschieben. Das Oberste Gericht hatte das Vorhaben im November blockiert.

Am Freitag hatten sich die UN mit einer außergewöhnlich deutlichen Stellungnahme gegen neue europäische Pläne zur Flüchtlingsabwehr gestellt. In einem gemeinsamen Gastbeitrag von UNHCR-Direktor Filippo Grandi und der neuen IOM-Chefin Amy Pope heißt es, dass alle Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit an eine Grenze kommen, Zugang zum Hoheitsgebiet erhalten, um Asyl beantragen zu können. Menschen dieses Recht zu verweigern oder Asylsuchende in Drittstaaten auszulagern, verstößt gegen das Völkerrecht. Es sind Akte der Grausamkeit, so Grandi und Pope in dem im Spiegel und dem Time-Magazine veröffentlichten Text.

Eine wachsende Zahl europäischer Politiker, unter anderem der Migrationsbeauftragte der rot-grün-gelben Bundesregierung, Joachim Stamp, prüft derzeit Möglichkeiten, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern. Die CDU will eine entsprechende Forderung in ihr neues Grundsatzprogramm aufnehmen. Ohne eine Beteiligung von UNHCR und IOM sind solche exterritorialen Asylverfahrenszentren allerdings kaum denkbar.

Das Genfer Flüchtlingsforum findet zwischen den zwei womöglich letzten EU-Verhandlungsrunden zu ihrer seit 2014 beratenen Reform des Gemeinsamen Asylsystems GEAS statt. Auf dem Tisch liegt unter anderem ein Konzept zu Schnellverfahren in geschlossenen Lagern an den EU-Außengrenzen. Vor Beginn der Abschlussberatungen am Donnerstag hatte die spanische Ratspräsidentschaft vorgeschlagen, auch Minderjährige ab sechs Jahren diesen Verfahren zu unterziehen. Bisher war ein Mindestalter von 12 Jahren im Gespräch. Die Grünen hatten die Schnellverfahren, die Deutschland 2019 ins Spiel gebracht hatte, lange kategorisch abgelehnt. Im Frühsommer aber stimmte Deutschland im Rat den Kommissionsvorschlägen zu. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 18. Dezember angesetzt.

Derweil meldete die EU-Grenzschutzagentur Frontex am Montag für 2023 die höchste Zahl irregulärer Grenzübertritte in der EU seit 2016. Demnach erreichten in den ersten elf Monaten des Jahres insgesamt 355.000 Menschen ohne Einreiseerlaubnis das EU-Territorium ein Plus von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den höchsten Anstieg um 116 Prozent auf rund 32.400 Menschen verzeichnete Frontex dabei auf der sogenannten Westafrika-Route aus Ländern wie Senegal und Mauretanien über den Atlantischen Ozean zu den Kanarischen Inseln. Und um 61 Prozent auf rund 153.000 Menschen stieg die Zahl der Ankommenden im zentralen Mittelmeer.

Der politische Druck, diese Zahlen zu senken, ist angesichts der erstarkenden extremen Rechten hoch und die Skrupel sind oft entsprechend niedrig.

Am Montag etwa berichteten der Spiegel und die Recherche-NGO Lighthouse Reports, dass auch eine mit der russischen Söldnergruppe Wagner in Verbindung stehende libysche Miliz daran beteiligt ist, Flüchtlinge und Migranten auf dem Mittelmeer einzufangen und nach Libyen zurückzutransportieren. Bisher war vor allem bekannt geworden, dass die von der EU und Italien ausgebildete und ausgestattete libysche Küstenwache dies tut. Laut Zählung der UN gab es dabei in diesem Jahr bisher 14.500 solcher Pullbacks auf dem Meer Richtung West- und Zentrallibyen, häufig in direkter Kooperation mit europäischen Stellen. Wie nun der Spiegel berichtete, fängt auch die dem General Haftar unterstehende und als Foltertruppe bekannte Tareq-bin-Zeyad-Brigade aus Bengasi Flüchtlingsboote ab, die aus der östlichen Mittelmeer-Region Richtung Italien und Malta unterwegs sind. Dem Bericht zufolge haben in mindestens drei Fällen Frontex oder maltesische Behörden die Flüchtlingsboote entdeckt, die Haftars Männer anschließend aus der maltesischen Such- und Rettungszone nach Libyen schleppten, wo die Insassen eingesperrt und misshandelt werden. Haftars Männer sind demnach zu Handlangern der EU geworden, obwohl sie selbst am Schleppergeschäft in Libyen beteiligt sind.

meinung + diskussion

Eine wachsende Zahl europäischer Politiker will Asylverfahren in Drittstaaten auslagern

Am Ende eines verheerendes Jahres Auf dem Globalen Flüchtlingsforum am Mittwoch will das UNHCR Hilfe für Vertriebene und Aufnahmeländer mobilisieren. Viele Ziel....

migrationspolitik

**Load-Date:** December 12, 2023

---

End of Document

**Verlogener Umgang; Die Migrationsdebatte wird meist faktenfrei und von Ressentiments getrieben geführt. Die vielbeschworenen Drittstaatenlösungen funktionieren nicht**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

**Length:** 1003 words

**Byline:** Ilija Trojanow

**Highlight:** Die Migrationsdebatte wird meist faktenfrei und von Ressentiments getrieben geführt. Die vielbeschworenen Drittstaatenlösungen funktionieren nicht

## Body

---

schlagloch

Aus den Niederlanden kommt nicht nur die düstere Kunde, dass man in einem (einst) toleranten Land Wahlen allein auf Grundlage von Ressentiments gewinnen kann, sondern auch ein großartiges Buch, das uns helfen könnte, eine solche Politik der niederen Gefühle zu bekämpfen. Das aktuelle Buch von Hein de Haas Migration. 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt beginnt mit einem klaren Satz: Das Phänomen ist zu vielschichtig für einfaches Schwarz-Weiß-Denken. Auch zu wichtig, könnte man hinzufügen.

Und trotzdem: Wir haben keine seriöse Migrationsdebatte mehr. Stattdessen Pöbeleien und Propaganda. Die Flüchtlinge aus Syrien kamen: Das Boot ist voll. Dann kamen die Flüchtlinge aus der Ukraine das Boot ist nicht mehr voll. Wie der Soziologe de Haas mit unzähligen Fakten beweist, wissen die Allermeisten von uns nicht, worüber sie reden. Es hilft, sich zunächst einmal die Geschichte der Migration vor Augen zu führen: Allein zwischen 1846 und 1924 verließen rund 48 Millionen Europäer den Kontinent. Mitte des 20. Jahrhunderts, nach dem Zweiten Weltkrieg, waren die Flüchtlingszahlen in Europa höher als heute. Was ist also neu? Die außereuropäische Herkunft der Migranten. Die Migrationsströme fließen nun umgekehrt.

Die meisten Zuwanderer kommen auf legalen Weg. 90 Prozent der afrikanischen Migranten verlassen laut de Haas den Kontinent mit gültigen Einreisepapieren. Ergo sei das Hauptproblem nicht, dass die Grenzen nicht ausreichend gesichert sind, sondern dass das Zuwanderungssystem nicht funktioniert und trotz der großen Nachfrage nach Arbeitskräften keine geeigneten legalen Möglichkeiten bietet. Das führt zur Kriminalisierung der Zuwanderung.

Denn die Nachfrage nach Arbeitskräften ist der Motor der Migration. Die europäischen Politiker bedienen sich oft einer binären Opposition zwischen (guten) Flüchtlingen und (schlechten) Wirtschaftsmigranten. Diese



Verlogener Umgang Die Migrationsdebatte wird meist faktenfrei und von Ressentiments getrieben geführt. Die vielbeschworenen Drittstaatenlösungen funktionieren n....

Unterscheidung ist bequem, da je nach Bedarf mehr Menschen zu bösen Wirtschaftsmigranten erklärt werden können. Allerdings benötigen die europäischen Volkswirtschaften dringend weitere Arbeitskräfte. Ein grundlegender Widerspruch, den wir nicht ehrlich debattieren. De Haas: Man kann nicht gleichzeitig die Wirtschaft öffnen und die Zuwanderungspolitik liberalisieren und dem Wunsch der Bevölkerung nach weniger Migration nachkommen.

Neben Arbeitsplätzen sind Demokratie und Menschenrechte die hauptsächlichen Ursachen dafür, dass Menschen in Europa Schutz suchen. Ergo macht ein Teil unserer Gesellschaft folgende teuflische Rechnung auf: Egal, welche Knöpfe wir drücken, es gelingt uns nicht, die Fluchtmigration nach Europa zu senken. Woran liegt das? An unserer übertriebenen Humanität! An unserer liberalen Verfassung! Was wäre, wenn wir das alles beiseite räumen? Wieso beseitigen wir nicht gleich unsere demokratische Attraktivität?

Die momentan beschworenen Lösungen, etwa die Unterbringung von Flüchtlingen in Drittländern, ist seit Längerem schon Praxis. Wie es funktioniert, hat die Webseite openDemocracy neulich recherchiert. Das britische Innenministerium behauptet, Flüchtlingen aus aller Welt einen sicheren und legalen Weg zu bieten über ein Programm des UN-Flüchtlingshilfswerks. Wie wir zukünftig mit Asylberechtigten umgehen werden, zeigt das Beispiel von zwanzig irakischen Familien, die 2011 aus Irak geflohen waren. Das Haus einer der Familien war vom Islamischen Staat in die Luft gesprengt worden; ein Mädchen verbrannte bei dem Angriff. Andere waren als Anhänger religiöser Minderheiten oder Angestellte der Regierung bedroht.

Alle zwanzig Familien haben saubere Dokumente, die bislang nur einen Nutzen haben sie beweisen, dass diese Menschen seit einem Jahrzehnt auf eine Neuansiedlung warten. Nach der Registrierung prüft das Flüchtlingshilfswerk die Fälle, und nach einem positiven Bescheid übernimmt einer von achtzehn Staaten (darunter das Vereinigte Königreich) den Antrag auf Asyl. Seit Jahren nun harren diese Menschen aber in der Warteschleife in Drittstaaten aus. Ein Kind ist mangels Medikamenten gestorben, ein Ehemann hat einen Schlaganfall nicht überlebt. Die meisten von ihnen bedauern nun, diesem Verfahren vertraut zu haben. In ihrer Verzweiflung erscheint ihnen ein morsches, übervolles Boot die bessere Alternative gewesen zu sein.

Ein weiteres Beispiel: Obwohl in Sonntagsreden unseren Unterstützern in Afghanistan mit viel Pathos dankend gedacht wurde, sind laut Spiegel erst dreizehn (13!) von ihnen im Rahmen eines Bundesaufnahmeprogramms nach Deutschland gekommen. Dabei sollten pro Monat rund tausend Menschen legal einreisen dürfen. Ob für die Diskrepanz der Zahlen Bürokratie, Schlamperei oder Zynismus verantwortlich sind, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Entscheidend ist, dass durch die Verlagerung der Asylprüfung ins ferne Ausland das Asylrecht endgültig zur Makulatur wird.

Vor Jahren traf ich in der Hauptstadt von Sierra Leone eine Gruppe von abgeschobenen Flüchtlingen, die teilweise hervorragend deutsch sprachen und sich über Wasser hielten, indem sie in den dortigen Schulen Vorträge hielten, um die Jüngeren vor einer Flucht zu warnen. Zwischen 2015 bis 2019 finanzierte die EU mehr als 130 solche Aufklärungskampagnen. Kosten: 45 Millionen Euro. Alles für die Katz! Sie lachen uns nur aus, sagte einer. Ihr seid Versager, sonst nichts. Ein Sinnbild unseres teilweise absurden und fast immer verlogenen Umgangs mit Migration.

Wie de Haas nüchtern konstatiert: Was als Flüchtlingskrise bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit eine politische Krise und spiegelt den mangelnden Willen wider, Geflüchtete aufzunehmen und die Verantwortung mit anderen Zielländern zu teilen.

Man bedient sich einer binären Opposition zwischen (guten) Flüchtlingen und (schlechten) Wirtschaftsmigranten

Ilija Trojanow ist Schriftsteller und Autor mehrerer Bücher. Vor Kurzem ist sein neuer Roman Tausend und ein Morgen bei S. Fischer erschienen.

Die Schlagloch-Vorschau:

13. 12.

Verlogener Umgang Die Migrationsdebatte wird meist faktenfrei und von Ressentiments getrieben geführt. Die vielbeschworenen Drittstaatenlösungen funktionieren n....

Jagoda Marini

20. 12.

Mathias Greffrath

27. 12.

Georg Diez

3. 1.

Robert Misik

**Load-Date:** December 5, 2023

---

End of Document